

Titel der Drucksache:

**Strategieentwicklung für eine integrierte
 Sozialraumplanung in der Landeshauptstadt
 Erfurt**

Drucksache

0966/21

Stadtrat

Entscheidungsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Dienstberatung OB	28.06.2021	nicht öffentlich	Vorberatung
Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung	15.07.2021	nicht öffentlich	Vorberatung
Stadtrat	21.07.2021	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

Der Prozessablauf, gemäß Anlage 1, zur Entwicklung einer integrierten Sozialraumplanung basierend auf den Erkenntnissen des Sozialstrukturatlases 2020 der Stadt Erfurt wird vom Stadtrat beschlossen.

28.06.2021 i.V. gez. Linnert

Datum, Unterschrift

Nachhaltigkeitscontrolling <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	Demografisches Controlling <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage			
Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja → ↓	Nutzen/Einsparung <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Sachverhalt Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)			
Deckung im Haushalt <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja	Gesamtkosten 25.000 EUR			
↓				
	2021	2022	2023	2024
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben	25.000 EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
<input checked="" type="checkbox"/> Deckung siehe Entscheidungsvorschlag				

Fristwahrung

Ja Nein

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Prozessablauf für eine integrierte Sozialraumplanung der Landeshauptstadt Erfurt

Sachverhalt

Ausgehend von den Erkenntnissen des Sozialstrukturatlases 2020 sowie weiterer Fachplanungen (z.B. Seniorenbericht 2018, Integriertes Stadtentwicklungskonzept 2030) und wissenschaftlicher Studien (z.B. Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung in der Stadt Erfurt), welche auf zunehmende soziale und demographische Segregationstendenzen und ungleiche Teilhabechancen in den Erfurter Ortsteilen hinweisen, wird wiederholt der Bedarf nach einem ämter- und fachübergreifenden Handeln in Form einer fachplanungsübergreifenden Zusammenarbeit deutlich. Auch der im Jahr 2019 neu installierte Jour fixe der Fachplanerinnen und Fachplaner in der Stadtverwaltung Erfurt bekräftigt die Zielsetzung, eine integrierte Sozialplanung zu verstetigen und fachplanungsübergreifend Angebote, Maßnahmen und Strategien abzustimmen und zu steuern (z.B. im Sozial-, Gesundheits-, Jugendhilfe- und Bildungsbereich aber auch der Stadtentwicklung und Stadtplanung, im Umweltbereich, im Bereich der Integration/Migration, der Sportstättenentwicklungsplanung, etc.). Die Erarbeitung eines integrierten Sozialraumplans entspricht zudem den Zielstellungen des Landesprogrammes Solidarisches Zusammenleben der Generationen in Erfurt.

Im Zuge der Covid-19-Pandemie ist davon auszugehen, dass sich die sozialräumlichen Herausforderungen noch verstärken werden. Eine integrierte Sozialraumplanung bietet die Möglichkeit, einen ganzheitlichen und umfassenden Planungsprozess in den Blick zu nehmen und

somit die Lebenslagen der Erfurter Bevölkerung zu beeinflussen, Teilhabechancen zu erhöhen, Bedarfe und Angebote abzugleichen sowie die soziale Daseinsvorsorge sozialraumorientiert weiterzuentwickeln. Somit werden soziapolitische Entscheidungen argumentativ unterstützt.

Dabei sollen die einzelnen vorhandenen Fachplanungen nicht aufgehoben oder ersetzt werden, sondern die integrierte Sozialraumplanung bildet sozusagen eine Klammer zwischen den Fachplanungen mit gemeinsam entwickelten Standards und Schnittstellen. Mithilfe der integrierten Sozialraumplanung sollen Planungslücken (z.B. für Zielgruppen/Themen/Sozialräume, die bisher von keiner Fachplanung abgedeckt werden) identifiziert, Schnittstellen herausgestellt und weiterbearbeitet werden.

Im Rahmen einer integrierten Sozialraumplanung soll ein planungs- und ämterübergreifendes Grundverständnis für integrierte Sozialraumplanung erarbeitet werden. Hierzu zählen Aspekte, welche in den unterschiedlichen Fachplanungen wiederholt auftreten, aber nicht einzeln gelöst werden können. Dies betrifft unter anderem die Frage nach einer planungsübergreifenden einheitlich verwendeten Planungsraum-/Sozialraumdefinition. Ein weiteres relevantes Thema stellt die Forderung nach einer gesamtstädtischen Quartiersmanagementstrategie dar. Der Bedarf hierfür wurde bereits in mehreren Fachplanungen konstatiert, wie z.B. durch den Seniorenbericht 2018 und dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept 2030. Weitere mögliche Inhalte können die Ableitung von sozialpolitischen Leitlinien, die Identifizierung von Planungslücken und Schnittstellen sowie die Entwicklung von Maßnahmen sein.

Die integrierte Sozialraumplanung erfolgt kooperativ. Das heißt, dass eine Vielzahl an Akteuren frühzeitig in den Prozess eingebunden werden. Auf diese Weise sollen die unterschiedlichen fachlichen Sichtweisen und Expertisen erfasst werden. Neben den unterschiedlichen Fachplanungen und Ämtern seitens der Stadtverwaltung werden die Kommunalpolitik sowie Vertreter der freien Wohlfahrtspflege, Vereine, Verbände, Institutionen aus verschiedenen Themenbereichen, Akteure vor Ort, Ortsteilbürgermeister/-räte und die Bürger an relevanten Prozessschritten beteiligt. Die entsprechende Beteiligungsstruktur kann der Anlage 1 entnommen werden.

Ziel ist es, bis Mitte 2023 dem Stadtrat einen integrierten Sozialraumplan durch die Stadtverwaltung Erfurt vorzulegen, welcher die Grundsätze für die oben genannten Inhalte für ein gemeinsames ämterübergreifendes Vorgehen aufstellt. Der zeitliche Prozessablauf findet sich in der Anlage 1 wieder.

Für die im Zuge der Erarbeitung des integrierten Sozialraumplans anfallenden Kosten wird die Haushaltsstelle 40700.60400 zum Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen verwendet, so dass der städtische Haushalt nicht zusätzlich belastet wird. Die finanziellen Mittel über das Jahr 2021 hinaus werden im Rahmen des Folgeantrages zum Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen eingeplant und stehen unter Haushaltsvorbehalt.